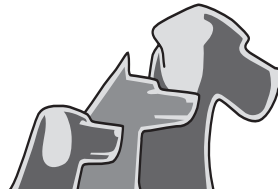


STAND-Nr. / STAND-NO.: _____ HALLE / HALL: _____

14

Zur Weiterleitung an die zuständige Vertragsfirma / Forward to appropriate contractor

Westdeutscher Wach- und Schutzdienst
Fritz Kötter GmbH & Co KG
Bünnerhelfstr. 60 · 44379 Dortmund
Telefon (02 31) 91 70 07-0
FAX (02 31) 1 77 05 60
Objektbüro Westfalenhallen · Tel.: (02 31) 12 04-674



VDH-EUROPASIEGER-AUSSTELLUNG
1. bis 3. Mai 2009 – Westfalenhallen Dortmund

VDH Service GmbH
Westfalendamm 174
44141 Dortmund
Telefax (0231) 59 24 40

Standbewachung (please find the english translation on page 115)
(Rücksendung bis 2 Wochen vor Messebeginn)

Firma: _____
Anschrift: _____
Ansprechpartner: _____ Stand-Nr.: _____
Telefon: _____ Telefax: _____
Hotline im Ereignisfall: _____
Ort, Datum: _____
Firmenstempel, rechtsgültige Unterschrift: _____

Standbewachung

vom (1. Tag) _____ bis (letzter Tag einschließlich) _____
Dienstbeginn **1. Tag:** _____ Uhr Dienstbeginn **letzter Tag:** _____ Uhr Dienstbeginn an **allen anderen Tagen:** _____ Uhr

Die Dienstleistung beginnt zu den o.g. Zeiten und erfolgt bis zum Eintreffen des Standpersonals bzw. der Ablösung am nächsten Morgen. Berechnet wird die im Dienstnachweis bzw. in den Standprotokollen bestätigte Zeit.

Raum für Bemerkungen

Die Bewachung ist nach folgenden Dienstinstruktionen auszuführen:

Der Sicherheitsmitarbeiter achtet darauf, dass kein Unbefugter den Ausstellungsstand betritt und Diebstähle und Beschädigungen vermieden werden. Schäden müssen unmittelbar im Sicherheitsbüro angezeigt werden. Wertvolle Einzelteile (z.B. Laptops) sind dem Sicherheitsmitarbeiter zu übergeben und an- bzw. einzuschließen und in der bei Dienstantritt auszufüllenden Inventarliste aufzunehmen. Eine Person, die den Ausstellungsstand bei Eintreffen des Standpersonals übernimmt, ist in der Inventarliste zu benennen.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns für die oben bestellte Standbewachung pro Dienststunde und Mitarbeiter € 15,80,- zzgl. Zuschläge sowie ges. MwSt. zu zahlen. (Zuschläge: 25% zwischen 22 und 6 Uhr, 50% sonntags und 100% feiertags)

- reguläre Standbewachung durch einen Sicherungsmitarbeiter gem. oben genannten Zeiten und Tagen
- zusätzliche Standbewachung: _____ Sicherungsmitarbeiter vom _____ bis _____ von _____ bis _____ Uhr

Auch von den auf der Rückseite dieses Vertrages vermerkten Abmachungen und den Haftungsbegrenzungen sowie Haftungsbeschränkungen habe(n) ich / wir genehmigend Kenntnis genommen. Für die Bewachungsdurchführung sind nur obige Wachinstruktionen maßgebend. Für Schäden, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten entstehen, die nicht zu den eigentlichen Bewachungsaufgaben gehören, übernehmen die Bewachungsunternehmen keine Haftung. **Das Bewachungsunternehmen behält sich Barinkasso am Stand vor. Für Zahlungen per Kreditkarte bitten wir um telefonische Rücksprache.**

Bei Auftragserteilung innerhalb der letzten 2 Tage vor dem 1. Messetag kann ein Zuschlag in Höhe von 15% erhoben werden.

Bitte Rückseite beachten!

BDWS – Allgemeine Geschäftsbedingungen für das deutsche Wach- und Sicherheitsgewerbe (gültig ab 1. Mai 2002)

1. Allgemeine Dienstausführung

- (1) Das Wach- und Sicherheitsgewerbe ist gemäß § 34 a 1 Gewerbeordnung ein erlaubnispflichtiges Gewerbe und übt seine Sicherheitsdienstleistung als Revier-, Separat- oder Sonderdienst aus.
 - a) Der Revierwachdienst erfolgt in Dienstkleidung durch Einzelstreifen oder Funkstreifenfahrer. Es werden dabei – soweit nichts anderes vereinbart ist – bei jedem Rundgang Kontrollen der in Wachrevieren zusammengefassten Wachobjekte zu möglichst unregelmäßigen Zeiten vorgenommen.
 - b) Der Separatwachdienst erfolgt in der Regel durch eine(n) oder mehrere Wachmann/Wachmänner/-frau(en) oder Pförtner/innen, die eigens für ein bzw. wenige in einem räumlichen Zusammenhang stehende Wachobjekte eingesetzt sind. Die einzelnen Tätigkeiten werden in besonderen Dienstanweisungen festgelegt.
 - c) Zu den Sonderdiensten gehören z. B. Personenkontrollen, Personenbegleit- und Schutzdienste, Geld- und Wertdienste, Sicherungsposten, der Betrieb von Alarm- und Notrufzentralen (Dienstleistungszentralen) sowie die Durchführung von Kassen-, Ordnungs- und Aufsichts-diensten für Ausstellungen, Messen, Veranstaltungen und andere Dienste.

(2) Die gegenseitigen Verpflichtungen von Auftraggeber und Wach- und Sicherheitsunternehmen werden in besonderen Verträgen vereinbart.

(3) Das Wach- und Sicherheitsunternehmen erbringt seine Tätigkeit als Dienstleistung (keine Arbeitnehmerüberlassung gemäß Gesetz über gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung vom 7. Aug. 72 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 3. Feb. 95, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dez. 97 (BGBl. I, A. 2970)), wobei es sich seines Personals als Erfüllungsgehilfen bedient. Die Auswahl des beschäftigten Personals und das Weisungsrecht liegt – ausgenommen bei Gefahr im Verzuge – bei dem beauftragten Wach- und Sicherheitsunternehmen.

(4) Es ist zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern allein verantwortlich.

2. Begehungsvorschrift

Im Einzelfall ist für die Ausführung des Dienstes allein die schriftliche Begehungsvorschrift / der Alarmplan maßgebend. Sie enthält den Anweisungen des Auftraggebers entsprechend die näheren Bestimmungen über die Rundgänge, Kontrollen und die sonstigen Dienstverrichtungen, die vorgenommen werden müssen. Änderungen und Ergänzungen der Begehungsvorschrift / des Alarmplanes bedürfen der schriftlichen Vereinbarung. Soweit unvorhersehbare Notstände es erfordern, kann in Einzelfällen von vorgesehenen Kontrollen, Rundgängen und sonstigen Dienstverrichtungen Abstand genommen werden.

3. Schlüssel und Nottfallschriften

(1) Die für den Dienst erforderlichen Schlüssel sind vom Auftraggeber rechtzeitig und kostenlos zur Verfügung zu stellen.

(2) Für Schlüsselverluste und für vorsätzlich oder fahrlässig durch das Dienstpersonal herbeigeführte Schlüsselbeschädigungen haftet der Unternehmer im Rahmen der Ziffer 10. Der Auftraggeber gibt dem Unternehmer die Anschriften bekannt, die bei einer Gefährdung des Objektes auch nachts telefonisch benachrichtigt werden können. Anschriftenänderungen müssen dem Unternehmer umgehend mitgeteilt werden. In den Fällen, in denen der Unternehmer über aufgeschaffete Alarmanlagen die Alarmverfolgung durchzuführen hat, ist vom Auftraggeber die Benachrichtigungsreihenfolge anzuordnen.

4. Beanstandungen

(1) Beanstandungen jeder Art, die sich auf die Ausführung des Dienstes oder sonstige Unregelmäßigkeiten beziehen, sind unverzüglich nach Feststellung schriftlich der Betriebsleitung des Unternehmens zwecks Abhilfe mitzuteilen. Bei nicht rechtzeitiger Mitteilung können Rechte aus solchen Beanstandungen nicht geltend gemacht werden.

(2) Wiederholte oder grobe Verstöße in der Ausführung des Dienstes berechtigen nur dann zur fristlosen Kündigung des Vertrages, wenn der Unternehmer nach schriftlicher Benachrichtigung nicht in angemessener Frist – spätestens innerhalb von sieben Werktagen – für Abhilfe sorgt.

5. Auftragsdauer

Der Vertrag läuft – soweit nichts Abweichendes schriftlich vereinbart ist – ein Jahr. Wird er nicht drei Monate vor Ablauf der Erstlaufzeit gekündigt, so verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr und danach wieder um ein weiteres Jahr usw..

6. Ausführung durch andere Unternehmer

Der Unternehmer ist berechtigt, in Übereinstimmung mit dem Auftraggeber sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß § 34a GewO zugelassener und zuverlässiger Unternehmer zu bedienen.

7. Unterbrechung der Bewachung

(1) Im Kriegs- oder Streikfalle, bei Unruhen und anderen Fällen höherer Gewalt kann der Unternehmer den Dienst, soweit dessen Ausführung unmöglich wird unterbrechen oder zweckentsprechend umstellen.

(2) Im Falle der Unterbrechung ist der Unternehmer verpflichtet, das Entgelt entsprechend den etwa ersparten Löhnen für die Zeit der Unterbrechung zu ermäßigen.

8. Vorzeitige Vertragsauflösung

(1) Bei Umzug des Auftraggebers sowie bei Verkauf oder sonstiger Aufgabe des Vertragsobjektes oder -gegenstands kann der Auftraggeber das Vertragsverhältnis mit einer Frist von einem Monat kündigen.

(2) Gibt der Unternehmer das Revier auf, so ist er ebenfalls zu einer vorzeitigen Lösung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat berechtigt.

9. Rechtsnachfolge

Bei Tod des Auftraggebers tritt der Rechtsnachfolger in den Vertrag ein, es sei denn, dass der Gegenstand des Vertrages hauptsächlich auf persönliche Belange, insbesondere den Schutz der Person des Auftraggebers, abgestellt war. Durch Tod, sonstige Rechtsnachfolge oder Rechtsveränderung des Unternehmers wird der Vertrag nicht berührt.

10. Haftung und Haftungsbegrenzung

(1) Die Haftung des Unternehmers für Sach- und Vermögensschäden, die von ihm selbst, seinen gesetzlichen Vertretern oder seinen Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht werden, ist auf die in Abs. (3) genannten Höchstsummen beschränkt, wenn der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Unternehmers selbst, seiner gesetzlichen Vertreter oder seiner Erfüllungsgehilfen oder durch schuldhaft Verletzung wesentlicher Vertragspflichten verursacht worden ist.

(2) In jedem Fall leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung des Unternehmers auf den bei vergleichbaren Geschäften dieser Art typischen und vorhersehbaren Schaden beschränkt.

(3) Die in Absatz (1) genannten Höchstgrenzen betragen:

- a) 250.000 € für Sachschäden
- b) 15.000 € für das Abhandenkommen bewachter Sachen
- c) 12.500 € für reine Vermögensschäden

(4) Ansprüche auf Ersatz von Sach- und Vermögensschäden direkt gegen die Mitarbeiter sind ausgeschlossen, sofern diese den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig oder durch Verletzung wesentlicher Vertragspflichten herbeigeführt haben. In jedem Fall fahrlässiger Schadensverursachung ist die Haftung der Mitarbeiter auf den bei vergleichbaren Geschäften typischen und vorhersehbaren Schaden beschränkt.

(5) Gemäß § 6 Bewachungsverordnung besteht eine Haftpflichtversicherung des Unternehmens. Dem Versicherungsvertrag liegen die Allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen (AHB) und die Bedingungen für die Haftpflichtversicherung von Bewachungsunternehmen uneingeschränkt zu Grunde. Von diesem Versicherungsschutz ausgeschlossen sind insbesondere Schäden, die mit der eigentlichen Sicherheitsdienstleistung nicht in Zusammenhang stehen, wie die Übernahme der Streupflicht bei Glätteis, bei Bedienung von Sonnenschutzvorrichtungen oder bei der Bedienung und Betreuung von Maschinen, Kesseln, Heizvorrichtungen, elektrischen oder ähnlichen Anlagen.

11. Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen

(1) Schadenersatzansprüche müssen innerhalb einer Frist von 4 Wochen, nachdem der Anspruchsberechtigte, seine gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen von dem schädigenden Ereignis Kenntnis erlangt haben, gegenüber dem Unternehmen geltend gemacht werden. Kann innerhalb dieser Frist die Höhe des Schadens noch nicht bestimmt werden, so ist es ausreichend, aber auch erforderlich, dass der Schaden dem Grunde nach geltend gemacht wird, Schadenersatzansprüche, die nicht innerhalb dieser Frist geltend gemacht werden, sind ausgeschlossen.

(2) Der Auftraggeber ist ferner verpflichtet, dem Unternehmer unverzüglich Gelegenheit zu geben, alle erforderlichen Feststellungen zur Schadenverursachung, Schadensverlauf und Schadenshöhe selbst oder durch Beauftragte zu treffen. Schadenaufwendungen, die dadurch entstehen, dass der Auftraggeber seinen vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht unverzüglich nachkommt, gehen zu seinen Lasten.

12. Haftpflichtversicherung und Nachweis

Der Unternehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung im Rahmen der übernommenen Haftung, deren Grenzen sich aus Ziffer 10 ergeben, abzuschließen. Der Auftraggeber kann den Nachweis über den Abschluss einer solchen Versicherung verlangen. Diese Höhen der Versicherungssummen sind festgelegt in der Verordnung über das Bewachungsgewerbe in der Fassung vom 7.12.1995.

13. Zahlung des Entgelts

(1) Das Entgelt für den Vertrag ist soweit nicht anders vereinbart, monatlich im Voraus zu zahlen.

(2) Aufrechnung und Zurückbehaltung des Entgelts sind nicht zulässig, es sei denn im Falle einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung.

(3) Bei Zahlungsverzug trotz Mahnung ruht die Leistungsverpflichtung des Unternehmens nebst seiner Haftung, ohne dass der Auftraggeber von der Zahlung für die Vertragszeit oder vom Vertrag überhaupt entbunden ist. Im Übrigen gilt § 286 Abs. 3 BGB.

14. Preisänderung

Im Falle der Veränderung/Neueinführung von gesetzlichen Steuern, Abgaben, Versicherungsprämien, Kfz-Betriebskosten, Lohnkosten und Lohnnebenkosten, insbesondere durch den Abschluss neuer Lohn-, Mantel- oder sonstiger Tarifverträge, ist das Entgelt um den Betrag in gleicher Weise zu verändern, um den sich die Veränderung der Lohnkosten, Lohnnebenkosten und sonstigen o. g. Kosten der Stundenverrechnungssatz für die Ausführung des Auftrages geändert hat, zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Steuern und Abgaben. Ausreichend für die Geltendmachung veränderter Lohnkosten ist eine entsprechende Bestätigung des BDWS.

15. Vertragsbeginn, Vertragsänderungen

(1) Der Vertrag ist für den Unternehmer von dem Zeitpunkt an verbindlich, zu dem dem Auftraggeber die schriftliche Auftragsbestätigung zugeht.

(2) Nebenabreden, Änderungen, Ergänzungen oder Einschränkungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

16. Abberufungsverbot und Vertragsstrafe

(1) Dem Auftraggeber ist es nicht gestattet, Mitarbeiter des Unternehmens zur Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses und zur Begründung eines neuen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses als selbständiger oder unselbständiger Mitarbeiter des Auftraggebers zu veranlassen. Diese Bestimmung gilt auch noch sechs Monate nach Beendigung des Vertrages.

(2) Verstößt der Auftraggeber schuldhaft gegen die Bestimmungen des Abs. 1, so ist er verpflichtet, die sechsfache Monatsgebühr als Vertragsstrafe zu zahlen.

17. Datenschutz

(1) Für den Datenschutz gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), vor allem die §§ 27 ff. für nicht öffentliche Stellen in seiner jeweils gültigen Fassung.

(2) Insbesondere gilt § 5 BDSG (Datengeheimnis).

(3) Bei Nichteinhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen finden die Haftungsregelungen der Ziffer 10. Anwendung.

18. Gerichtsstand und Erfüllungsort

Ist der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder handelt es sich um öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Erfüllungsort und Gerichtsstand der Sitz der Betriebsleitung des Unternehmens. Diese Gerichtsstandsvereinbarung gilt ausdrücklich auch für den Fall, dass

- a) die im Klagewege in Anspruch zu nehmende Partei nach Vertragsabschluss ihren Sitz, Wohnort und/oder gewöhnlichen Aufenthaltsort verlegt,
- b) Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis im Wege des Mahnverfahrens geltend gemacht werden.

19. Schlussbestimmung

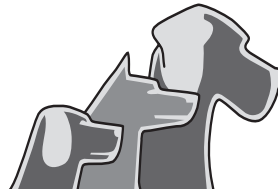
Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam sein sollten, so sollen sie so umgedeutet werden, dass der mit der ungültigen Bestimmung verbundene wirtschaftliche Zweck erreicht wird. Die Gültigkeit aller übrigen Bestimmungen wird dadurch nicht berührt.

STAND-Nr. / STAND-NO.: _____ HALLE / HALL: _____

14

Zur Weiterleitung an die zuständige Vertragsfirma / Forward to appropriate contractor

Westdeutscher Wach- und Schutzdienst
Fritz Kötter GmbH & Co KG
Bünnerhelfstr. 60 · 44379 Dortmund
Telefon (02 31) 91 70 07-0
FAX (02 31) 1 77 05 60
Objektbüro Westfalenhallen · Tel.: (02 31) 12 04-674



VDH-EUROPASIEGER-AUSSTELLUNG
1. bis 3. Mai 2009 – Westfalenhallen Dortmund

VDH Service GmbH
Westfalendamm 174
44141 Dortmund
Telefax (0231) 59 24 40

Stand security service
(Please return up to 2 weeks before start of the trade fair)

Company: _____
Address: _____
Person responsible: _____ Stand no: _____
Telephone: _____ Fax: _____
Hotline in the case of event: _____
City, date: _____
Company stamp, legally effective signature: _____

Stand surveillance
from (Day 1) _____ to (last day inclusive) _____
Start time **Day 1**: _____ hrs Start time **last day**: _____ hrs Start time **other days**: _____ hrs
Duty starts from the above times and continues until the arrival of the stand personnel or until relief on the following morning. Accounting is in accordance with the time confirmed in the record of duty or in the stand records.

Remarks

Surveillance is to be carried out according to the following official instructions:
Security staff are to ensure that no unauthorised persons set foot on the stand and that theft and damage are prevented. Damage must be reported immediately to the security office. Individual valuable articles (e.g. Laptops) are to be handed to security staff and are to be secured or locked away, and are to be entered in the inventory list which is to be completed at the start of duty. One person, who takes over the exhibition stand on arrival of the stand personnel, is to be named in the inventory list.

I/We undertake to pay for the above ordered stand surveillance per hour of duty and per person € 15.80 plus supplements as well as the statutory VAT. (Supplements: 25 % between 2200hrs and 0600hrs, 50 % for Sundays and 100 % for holidays)

- regular stand surveillance with one security person in accordance with the above given times and days
- additional stand surveillance _____ security personnel from _____ to, from _____ to _____ hrs

I/We have also taken note of the agreements and the restrictions of liability and the limits of liability noted on the reverse of this contract. The above surveillance instructions only are relevant for the execution of security measures. The security company accepts no liability for damage which results in connection with activities which are not part of the actual security tasks. **The security company reserves the right to accept cash at the stand. We request telephone consultation for payments by credit card.**

A supplement of 15 % can be raised with award of contract within the last two days before the first day of the trade fair.

BDWS – General Terms and Conditions of the German Security Guard Services (valid from 1st May 2002)

1. General performance of duties

- (1) In accordance with § 34 a 1 of the Business Act, the security guard business is a profession requiring approval which performs its duties in the form of an area, separate or special service.
 - (a) Area guard duties are performed in uniform by single patrolmen or radio patrol cars. If not otherwise agreed, the objects to be guarded and grouped in the area are inspected on each patrol, if possible, at irregular intervals.
 - (b) Separate guard duties are normally carried out by one or several male or female guards, or male or female gatekeepers, employed specially for one or several objects spatially related to one another. The specific activities are set forth in special regulations.
 - (c) The special services include, for example, checking of persons, the accompaniment and protection of persons, money and valuables services, security posts, the operation of alarm and emergency centres (service centres) as well as the performance of pay-office, security and supervisory services at exhibitions, fairs, events and other services.
- (2) The mutual duties of the contractor and the security companies are laid down in appropriate contracts.
- (3) The security company provides its activity as a service (no transfer of personnel in accordance with the Act on Business Employee Transfer of the 7th of August 1972 in the new notification of the 3rd of February 1995, last revised per the act dated 16th December 1970 (BGBl 1, A. 2970), whereby it employs its personnel as vicarious agents. The selection of the personnel employed and the power to give instructions – except when delays are dangerous – lies exclusively in the hands of the security company commissioned.
- (4) The company is fully responsible for the fulfilment of all statutory, governmental, social and professional obligations in connection with its employees.

2. Patrol regulations

The written patrol regulations / the alarm plan are/is solely decisive for the performance of the service in each individual case. They/it contain(s) the contractor's instructions in accordance with the detailed provisions for patrols, checks and other duties to be rendered. Changes and supplements to the patrol regulations / to the alarm plan require written consent. Other than when unpredictable emergency situations make it necessary, the checks, patrols and other duties can be dispensed with in certain cases.

3. Keys and emergency addresses

- (1) The necessary keys required for performing the service are to be provided free-of-charge by the contractor in good time.
- (2) The security company is liable within the scope of paragraph 10 for the loss of keys caused by the security personnel either through negligence or through a deliberate act. The contractor provides the security company with the addresses which can also be notified by telephone at night in the event that an object is in danger. Changes to addresses must be notified to the security company immediately. In instances in which the security company must perform alarm follow-up caused by alarm systems that have been triggered, the contractor must give instructions on the sequence in which notification is to be made.

4. Complaints

- (1) Complaints of any nature whatsoever which relate to the performance of the service, or other irregularities, are to be notified immediately upon establishment to the management of the security company for the purpose of remedy. Rights resulting from such complaints cannot be enforced if such notification is not made in good time.
- (2) Repeated or gross violation of the performance of the service only justifies cancellation of the contract without notice when the security company, after receiving written notice, does not remedy the situation within a reasonable period of time – at the latest within 7 working days.

5. Duration of contract

The contract – if not otherwise agreed upon in writing – is valid for 1 year. If not cancelled within 3 months prior to expiry of the initial period, it will automatically be extended by a further year and thereafter by a further year etc.

6. Performance by other companies

The security company is entitled with the consent of the contractor to employ the services of other approved and reliable companies in the fulfilment of its duties accordance with § 34 a GewO.

7. Interruption of security guarding services

- (1) In the event of war or strikes, unrest and other Acts of God, the security company can interrupt the service, or reorganise appropriately, when the performance of the service becomes impossible.
- (2) In the case of interruption, the security company is obliged to reduce payments, for example, by the amount of wages saved during the period of interruption.

8. Premature cancellation of contract

- (1) In the event that the contractor removes or in case of the sale or other abandonment of the contract object or subject, the contractor can cancel the contractual relationship with a period of notice of 1 month.
- (2) If the security company relinquishes the area then it is also entitled to cancel the contract prematurely whilst observing the period of notice of 1 month.

9. Legal succession

In the case of the death of the contractor, the legal successor enters into the contract unless the subject of the contract mainly concerned personal interests, in particular, the protection of the contractor as a person. The contract is not affected by death, other succession or changes in the legal status of the security company.

10. Liability and limitation of liability

- (1) The liability of the security company for damage to property and pecuniary loss which it or its legal representatives or its vicarious agents cause, is limited to the maximum sum stated in § (3) when the damage is not caused by deliberate or gross negligence on the part of the security company itself, its legal representatives or vicarious agents or through violation of important duties contained in the contract.

- (2) Liability of the security company in the case of slight negligence is limited to the damage which is typical and foreseeable for comparable businesses.
- (3) The maximum limits stated in § (1) are:
 - a) 250.000€ for damaged property
 - b) 15.000 € for the loss of objects guarded
 - c) 12.500 € for pecuniary damage only.
- (4) Claims for compensation for property and pecuniary damage asserted directly against the employees are excluded to the extent that they have not caused such damage deliberately or negligently or through violation of important contractual duties. In the event of damage caused by negligence, the liability of the employees is limited to the damage typical and foreseeable for comparable businesses.
- (5) § 6 of the security guarding act stipulates that liability insurance is to be taken out by the security company. The contract of insurance is subject, unreserved, to the general conditions of liability insurance (AHB) and the conditions for the liability insurance of security companies. This insurance protection does not include, in particular, damage that does not relate to the actual security service provided, for example, acceptance of the obligation to grit icy surfaces in winter, the operation of devices or facilities to protect against the sun or in the operation and care of machines, boilers, heating apparatus, electrical or similar installations.

11. Enforcement of liability claims

- (1) Claims for compensation must be submitted to the security company within a period of 4 weeks after the rightful claimant, his lawful representatives or vicarious agents have become aware of the damage caused. If the amount of damage cannot be assessed financially within this period, it is sufficient, but also necessary, that the damage is enforced on the basis of the cause of such damage. Claims for compensation not enforced within this period are excluded.
- (2) The contractor is also obliged to immediately give the security company the opportunity of carrying out all necessary investigations to establish the cause of the damage, the nature of the damage and the amount of damage either itself or through its representatives. Costs incurred through the contractor either not fulfilling his duties at all or only performing delayed fulfilment are for his account.

12. Liability insurance and proof

The security company is obliged to take out liability insurance within the scope of the liability accepted, the limits of which are contained in § 10. The contractor is entitled to demand proof that such insurance has been taken out. The sums insured are set forth in the act relating to security guarding services in the version dated 7th December 1995.

13. Payment

- (1) Contractual payments, if not otherwise agreed, are to be made monthly in advance.
- (2) Off-setting and retention of payments is not permitted unless there is a claim that is undisputed or is of legal force.
- (3) In the case of delays in payment in spite of reminders, the duties of the security company and its liability will be suspended without the contractor being released in any way from payments for the duration of the contract or from the contract itself. Otherwise § 286, section 3 BGB is applicable.

14. Price changes

In the event of changes to or the introduction of new legal taxes, duties, insurance premiums, motor vehicle operating costs, wages, fringe benefits, caused, in particular, by the conclusion of new master wage agreements or other collective bargaining agreements, the amount of the payment is to be amended by the sum resulting from the change in wage costs, fringe benefits and other costs mentioned above contained in the hourly rates charged for the performance of the contract plus currently applicable taxes and duties. Appropriate confirmation by the BDWS is sufficient for the enforcement of the revised labour costs.

15. Commencement of contract, contract changes

- (1) The contract is binding for the security company from the point of time at which the contract acknowledgement is submitted to the contractor.
- (2) Subsidiary agreements, changes, supplements or restrictions to the contract are required in writing.

16. Poaching restraint and contractual penalty

- (1) The contractor is not permitted to entice employees of the security company to give up their employment and take up new employment either as a self-employed or direct employee of the contractor. This provision remains valid for a period of 6 months after termination of the contract.
- (2) Should the contractor violate the provisions of § 1, he is obliged to pay a penalty amounting to 6 times the monthly fee.

17. Data privacy protection

- (1) The provisions of the current version of the Federal Data Privacy Protection Act (ATSG), in particular §§ 27 and the following for non-public companies apply.
- (2) § 5 ARSG applies in particular (data secrecy).
- (3) In the event of violation of the provisions on data privacy protection, the liability stipulations as per paragraph 10 shall apply.

18. Place of jurisdiction and place of fulfilment

If the contractor is a businessman, a public law body or a public law fund, then the place of fulfilment and place of jurisdiction are the management offices of the security company. This agreement on the place of jurisdiction also expressly applies in the case of

- a) the party to be charged by bringing suit changes its premises, its place of residence and / or its usual domicile after conclusion of the contract,
- b) claims resulting from the contractual relationship are enforced through the medium of reminders.

19. Concluding provision

In the event that any of the provisions of this contract become legally void, they shall be reinterpreted such that the economic purpose associated with the void provisions is achieved. The validity of all remaining provisions is not affected.